

Kampf gegen Dengue-Fieber

Malaysia scheint den Kampf gegen Dengue-Fieber zu verlieren. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdoppelte sich in der ersten Jahnhälfte 2009 die Anzahl der gemeldeten Krankheitsfälle auf 3.211 Personen; acht Menschen starben an der Krankheit. Auch Krankheitsverlauf und Symptome der Betroffenen scheinen schwerwiegender zu sein als noch vor einem Jahr. Nach Aussagen Dr. Mohd Ismail Mericans, Generaldirektor des Gesundheitsministeriums, verhindern vor allem das fehlende Gefahrenbewusstsein der Bevölkerung und mangelnde Kenntnisse bezüglich Insektenbekämpfung eine Eindämmung der Krankheit.

vgl.: NST-Online, 19.1.2009

Bann für Yoga

Das nationale Fatwa-Council Malaysias hat entschieden, das Praktizieren von Yoga für Muslime als haram (verboten) zu erklären. Ob sich diese Empfehlung des Fatwa-Councils jedoch in konkrete Gesetzesinitiativen übersetzen wird, bleibt abzuwarten und liegt bei den Bundesstaaten. Das Fatwa-Council begründete das Yoga-Verbot mit dessen hinduistischen Ursprüngen, die den Glauben der Muslime aushöhlen und gefährden könnten. Der Präsident des Penang Islamic Religious Councils stimmte diesem zu: »Das systematische Praktizieren von Yoga, das körperliche Bewegungen, Sprechchöre und das Ziel der Vereinigung mit Gott enthält, widerspricht der islamischen Lehre.« Er hoffe, dass sich alle an diese Fatwa halten werden, da sie zum Besten der Muslime sei.

vgl.: NST-Online 26.11.2008

Wiederaufnahme von Guantanamo-Häftlingen

Malaysia hat auf den Beschluss des neuen US-Präsidenten Barack Obama, das Gefangenenlager Guantanamo binnen Jahresfrist zu schließen, mit dem Angebot zwei Insassen mit malaysischer Staatsbürgerschaft zurück in ihr Heimatland zu holen, reagiert.

Diese beiden Gefangenen – Mohd Farik und Mohammed Nazir – waren unabhängig voneinander im Jahr 2003 in Thailand gefasst worden und nach mehreren Anhörungen durch das US-Militär in Guantanamo inhaftiert worden. Mohd Farik hatte das südostasiatische Terrornetzwerk Jemaah Islamiyah bei der Auswahl potentieller

Ziele für terroristische Angriffe unterstützt. Mohammed Nazir hatte beim Transfer von Al-Qaida-Geldern für Jemaah Islamiyah, welche dann unter anderem für den Autobombenanschlag auf das Marriott-Hotel in Jakarta 2003 verwendet wurden, mitgewirkt. Malaysias derzeitiger Premierminister Badawi begrüßte Obamas Entscheidung Guantanamo zu schließen und äußerte seine Hoffnung, beide Gefangenen nach Malaysia überführen zu dürfen, wo sie – falls nötig – weiterhin in Haft gehalten werden würden.

vgl.: Yahoo News Singapore, 24.1.2009

Wahlschlappe für UMNO

Die Nachwahlen in Kuala Terengganu, Hauptstadt des ölfreie Bundesstaates Terengganu an der Ostküste von Malaysia, haben der malaysischen Regierungskoalition Barisan Nasional (BN) und ihrer Führungspartei UMNO eine weitere Wahlschlappe beschert. Während bei den Wahlen im März 2008 der Parlamentssitz von Kuala Terengganu noch von einem UMNO-Vertreter gewonnen werden konnte, ging in den Nachwahlen vom 17. Januar 2009 der Sieg an die islamistische Partai se-Islam Malaysia (PAS), die auch in dem Oppositionsbündnis People's Alliance die Mehrheit stellt. Obwohl sich mit dem Ergebnis dieser Wahl die Mehrheitsverhältnisse im nationalen Parlament nicht verändern, erhöht die Wahlniederlage in Kuala Terengganu den Druck auf den designierten UMNO-Vorsitzenden Najib Razak, der im März auch das Amt des amtierenden Premierministers Ahmad Badawi übernehmen wird. Trotz weitgehender Kontrolle der Massenmedien gelang es Najib, der die Wahlkampagne in Kuala Terengganu gelei-

tet hatte, nicht, die dortige Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen. Oppositionsaktivisten, unabhängige Journalisten und Blogger nutzten das Internet, um Publicity zu machen und verbreiteten dort die Anklage, die UMNO-Regierung hätte versucht, Wählerstimmen zu kaufen.

In Reaktion auf die Wahlniederlage in Kuala Terengganu deutet sich ein Richtungswechsel der Regierungs-Politik an. »Die BN-Regierung kann sich ein Auseinanderdriften der Richtung der Regierung und der Erwartungen der Bevölkerung nicht leisten«, äußerte Najib. Vor allem das Vertrauen der jungen Generation, die bei den Wahlen kaum noch für die UMNO stimmte, solle wieder gewonnen werden. Ob der Regierungspartei der Kurswechsel nach fünf Jahrzehnten an der Macht jedoch gelingen wird, bezweifeln Beobachter. Zu fest verwurzelt scheinen Korruption, Stimmenkauf und Patronage-Denken.

vgl.: Asia Times Online, 23.1.2009; NST-Online 19.1.2009

Kein Hähnchen im Flugzeug

Im Zuge des von Malaysias Regierung verhängten Importverbots von Hähnchen-Produkten aus China hat auch *Malaysia Airlines* (MAS) die Hähnchengerichte aus der Bordspeisekarte von in China startenden Flügen entfernt. Stattdessen würden den Passagieren Fisch, Meeresfrüchte und Rindfleisch angeboten werden, erklärten MAS-Vertreter in einem State-

ment. Die Sicherheit und Gesundheit der Passagiere habe oberste Priorität. In Flügen, die von malaysischen Flughäfen starten, bleiben Hähnchengerichte jedoch ein Bestandteil der Bord-Menüs. Das Fleisch stamme hier von lokalen Bauern und besitze eine hohe Qualität, so die MAS-Vertreter.

vgl.: Bernama, 29.1.2009

Erdbeben in Bukit Antarabangsa

Durch einen massiven Erdbeben wurden in der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember 2008 in Bukit Antarabangsa mehrere Menschen getötet und unzählige Häuser zerstört. Da keine schweren Regenfälle in den Tagen vor der Katastrophe verzeichnet worden waren, konnte die Ursache des Erdbebens nicht ermittelt werden. »Die Regierung wird keine Genehmigungen mehr für die Bebauung von Hanglagen erteilen«, erklärte Vizepremierminister Najib, nachdem er den Unglücksort besucht hatte. Der Erdbeben in Bukit Antarabangsa ist nur einer von mehreren derartigen Vorfällen, die sich in den vergangenen Jahren in Malaysia ereignet haben.

vgl.: The Star Online, 6.12.2008; Malaysian Insider 6.12.2008

Hilfe für Gaza

Während die militärischen Aktionen Israels im Parlament scharf verurteilt wurden, laufen in Malaysia Hilfsprogramme für die Opfer in Gaza. In nur drei Tagen gelang es beispielsweise dem Sekretariat für Schutz und Förderung muslimischer Frauen (*Senada*) mehr als 10.000 Ringgit (ca. 2.000 Euro) zu sammeln. Der Vorsitzende der Organisation, Abdul Jalil, bemerkte: »Diese kleine Summe ist ein Symbol unserer Unterstützung für die Palästinenser. Wir werden weiter Spendengelder sammeln.« Symbolische Unterstützung soll auch in religiöser Hinsicht gegeben werden. Wie die staatliche Nachrichtenagentur *Bernama* meldete, forderte Premierminister Abdullah Badawi, alle Muslime dazu auf, nach den Freitagsgebeten zusätzliche Gebete für den Frieden in Palästina abzuhalten.

vgl.: Bernama, 9.1.2009; NST-Online, 12.1.2009

HIV-positive Paare dürfen heiraten

Alle muslimischen Paare werden sich in Zukunft einem verpflichtenden HIV-Test unterziehen müssen, ehe ihnen die Heiratserlaubnis erteilt wird. Bisher war ein derartiger Test nur in den Bundesstaaten Johor, Kelantan, Negri Sembilan, Sabah und Selangor verpflichtend gewesen. Mit der landesweiten Implementierung will die Regierung die Verbreitung der Infektion von Frauen, die in letzter Zeit stark angestiegen ist, zurückdrängen. Im Jahr 1990 stellten Frauen nur 1,1 Prozent der Betroffenen, im vergangenen Jahr waren es bereits 16,3 Prozent. HIV-positive Paare werden heiraten dürfen, allerdings bezüglich Verhütungsmethoden beraten werden, erklärte Wan Mohamad, Generaldirektor des Departments für Islamische Entwicklung in Malaysia.

vgl.: NST-Online 19.12.2008

Verurteilung Israels

Nach einer historischen, achtstündigen Debatte hat das malaysische Parlament am 13. Januar 2009 einstimmig eine Resolution verabschiedet, die Israels Anschläge auf Gaza scharf verurteilt. Zuvor hatten 31 Parlamentsabgeordnete aller Fraktionen Statements abgegeben. »Als Malaysier sollten wir uns vereint den unmenschlichen Handlungen, die das zionistische Regime an den Palästinensern, besonders an denen in Gaza, verübt, entgegenstellen«, forderte der derzeitige Premierminister Abdullah Badawi in seiner 30-minütigen Ansprache; und er fügte hinzu: »Den Freiheitskämpfern der Hamas wird die Schuld an dem Konflikt gegeben, weil sie die Raketen gegen Israel abgefeuert haben. Aber das ist die Handlungsweise von denen, die in die Enge getrieben wurden und sich nicht einmal mehr in ihrem eigenen Territorium frei bewegen können.« Die Sitzung des Parlaments wurde von ausländischen Beobachtern verfolgt, darunter unzählige Botschafter und Geschäftsträger. Während die Abgesandten der Vereinigten Staaten und Großbritannien der Sitzung fernblieben, zeigte sich der palästinensische Botschafter in Malaysia, Abdelaziz Aboughosh gerührt von der Solidarisierung Malaysias mit dem Kampf seiner Landsleute: »Wir Palästinenser sind dankbar für die Unterstützung. Durch all die Unterstützung, die wir erfahren, fühlen wir uns nicht allein.« Die Resolution soll durch die Vermittlung des Außenministeriums auch in den anderen Ländern bekannt gemacht werden, um sie für die Unterstützung der Palästinenser zu gewinnen. »Es war eine historische Debatte und ich hoffe, dass andere Länder sich uns in unserem Bemühen, die Palästinenser zu unterstützen, anschließen und etwas Ähnliches tun«, brachte Malaysias Außenminister Rais Yatim seine Hoffnungen zum Ausdruck.

vgl.: NST-Online, 13.1.2009